

## Bewegungstraining für die Riesenschildkröten

Mit einem neuen Programm erhalten Zoobesucher Einblick in den Alltag der Tiere

Was treiben eigentlich Zootiere den ganzen Tag in ihren Gehegen? Antworten auf diese Frage liefert das neue Programm «Tierpräsentationen» des Zoos Zürich.

aku. · Wie auf Kommando kommen die sieben Nasenbären-Weibchen herbeigeilt; ihre geringelten Schwänze ragen senkrecht in die Höhe. Die Tiere haben die Hühnerier gerochen, die Tierpfleger Daniel Hafner für sie bereithält. Nachdem sie die Eier verschlungen haben, placiert Hafner tote Küken auf den Bäumen und bringt die Nasenbären so dazu, ihre Kletterfähigkeiten zur Schau zu stellen. Während die Tiere sich mit ihren Krallen an den Küken zu schaffen machen, informiert Zoologin Andrea Strasser über Grösse, Gewicht und das soziale Verhalten der Nasenbären.

### Warum sich Affen lausen

Strasser und Hafner sind Mitarbeiter des Zoos Zürich und haben am Mittwoch vor Medienschaffenden durch die erste Tierpräsentation geführt. Hinter dem etwas sperrigen Namen verbirgt sich ein neuartiges Konzept, mit dem die Zoobesucher noch näher an die Tiere herangeführt werden sollen: Ab dem 1. April erhalten sie mehrmals täglich in 10 bis 20 Minuten langen, kostenlosen Präsentationen Einblick in den Alltag der Tiere. Sie sehen zum Beispiel, wie Zwergotter ihre gesammelten Muscheln waschen, bevor sie sie verzehren, oder sie können den Brillenbären dabei zuschauen, wie sie Honig von einem Baumstamm lecken.

Viele dieser Aktivitäten liessen sich mit etwas Glück auch ausserhalb der Tierpräsentationen beobachten, aber dank der Moderation durch die Mitarbeiter des Zoos Zürich erhalten die Besucher zusätzliche Informationen darüber, was sich hinter dem Verhalten der Tiere verbirgt. So erfährt man zum Beispiel, dass sich die Affen nicht primär lausen, um die lästigen Parasiten loszuwerden, sondern um die sozialen Bindungen untereinander zu stärken.

### Ein Rüebli als Belohnung

Zudem wird bei den Präsentationen durch den Einsatz von sogenannten Verhaltensanreicherungen wie Düften

oder ungewohnten Materialien bei den Tieren ein bestimmtes Verhalten hervorgerufen, das die Besucher sonst kaum zu sehen bekämen. So werden etwa die Riesenschildkröten mit einem eigens für sie konzipierten «Target-Training» zur Bewegung animiert. Nicht zuletzt geht es dabei darum, Abwechslung in den Alltag der Tiere zu bringen.

Daniel Hafner und Andrea Strasser benutzen dazu einen Holzstab mit aufgesetzter Gummikappe, mit dem sie die Schildkröten durch ihr Terrarium dirigieren. Sobald die Tiere das «Target» berührt haben, erhalten sie als Belohnung ein Stück Apfel oder eine Karotte, die sie trotz ihrem zahnlosen Maul mühelos verschlingen.



Tierpfleger Daniel Hafner versucht im Target-Training, die Galapagos-Riesenschildkröte «Jumbo» zur Bewegung zu animieren – vorerst noch erfolglos. CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

## Wasserversorgung produziert Strom

Bau dreier Kraftwerke in Zürich

aku. · Bemerkenswert ist schon das Wort: Trinkwasserkleinkraftwerk. Und aussergewöhnlich ist natürlich auch, dass die Wasserversorgung der Stadt Zürich in Zukunft als Produzent von Strom aus Wasserkraft auftreten will. Gemäss Mitteilung des Stadtrats sollen drei dieser Trinkwasserkleinkraftwerke erstellt werden, mit denen das Gefälle zwischen höheren und tieferen Druckzonen im Verteilnetz ausgenutzt werden kann. Im Seewasserwerk Moos wird das Wasser von zufließenden Quellen durch Turbinen geleitet, bei den Reservoiren Strickhof und Glaubten soll Trinkwasser aus höheren Hanglagen in gleicher Art genutzt werden. Im Ganzen wird so eine Gigawattstunde Strom produziert, was für 400 durchschnittliche Wohnungen reicht. Der Stadtrat hat für das Projekt 1,53 Millionen Franken bewilligt. Der Strom wird beim EWZ eingespeist und unter dem Label «Naturemade Star» verkauft.

## Baurecht für Kalkbreite beantragt

Ungewöhnlicher Bau in Zürich

aku. · Der Zürcher Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, das Baurecht für eine Wohn- und Gewerbeüberbauung auf dem Kalkbreiteareal im Kreis 4 zu genehmigen. Das Baurecht mit der Baugenossenschaft Kalkbreite soll 62 Jahre dauern und jährlich rund 375 000 Franken einbringen. Die Genossenschaft erstellt auf dem Areal des Tramdepots 89 Wohnungen für rund 230 Menschen. Die Wohnungen werden sehr unterschiedliche Grössen haben – bis zu einer mit 9½ Zimmern. Daneben entstehen Flächen für Kultur, Gewerbe und Dienstleistungen. Neben dem Baurecht muss der Gemeinderat auch einem Gestaltungsplan zustimmen – und dem Kredit für die Überdeckung der Tramabstellanlage. Das Gebäude soll im Jahr 2013 bezogen werden können.

## «Stärker fokussieren»

Standortförderung Greater Zurich Area in der Kritik

Der Standortmarketing-Organisation GZA bläst ein kalter Wind entgegen. Kritisiert werden Überlappungen mit anderen Organisationen oder die geringe Wahrnehmung in einigen Kantonen. Geschäftsführerin Sonja Wollkopf Walt nimmt Stellung.

Frau Wollkopf Walt, der Zürcher Regierungsrat sagt, dass «Organisation und Struktur der GZA grundsätzlich hinterfragt werden» müssten. In den nächsten Monaten wird der Regierungsrat über die weitere finanzielle Unterstützung entscheiden. Braucht es die GZA – neben zahlreichen anderen Standortförderern – wirklich?

In den letzten Jahren sind verschiedene Organisationen gemeinsam gewachsen, wodurch tatsächlich Überlappungen entstanden sind. Dennoch bin ich überzeugt, dass jede Organisation einen Zweck erfüllt. So hat beispielsweise die Osec die Promotion des Standortes Schweiz zur Aufgabe, während sich die Metropolitankonferenz um wirtschaftspolitische Fragen kümmert. Und Ziel der GZA ist die Ansiedlung neuer Unternehmen.

Im Jahr 2008 hat die Organisation mit den Standortförderungen des Kantons und der Städte Zürich und Winterthur 95 Unternehmen geholt, was kurzfristig 349 Arbeitsplätze entspricht. Pro Jahr investiert der Kanton Zürich dabei 1,88 Millionen Franken in die GZA. Geht die Rechnung auf?

Ja, die Rechnung geht auf. Wenn man bedenkt, dass jeder Arbeitsplatz bereits im ersten Jahr in der Regel ein Mehrfaches der Investitionen von rund 5000 Franken pro Arbeitsplatz via Steuern und Konsum wieder in die GZA zurückspeist. Zudem fließt hochspezialisiertes Fachwissen in die Region.

Kritisiert wird an der GZA, dass sie von einigen Mitgliederkantonen zu wenig wahrgenommen wird. Bringt die Organisation nur dem Kanton Zürich etwas?

Natürlich hat Zürich eine grosse Anziehungskraft, und der Kanton finanziert auch fast die Hälfte des jährlichen Budgets. Tatsächlich müssen wir aber in Zukunft die anderen Mitgliederkantone früher in den Akquisitionsprozess einbeziehen und enger mit den dortigen Wirtschaftsförderern zusammenarbeiten. Der Wirtschaftsraum Zürich soll diversifizierter präsentiert werden können. Das bedeutet aber nicht, dass wir zum Dienstleister der Kantone werden.

Dem Kanton Aargau hat die Zusammenarbeit mit der GZA 2008 nur 2 neue



«Mit dem Giesskannenprinzip kommen wir nicht weiter.»

Sonja Wollkopf Walt  
Geschäftsführerin GZA

Arbeitsplätze gebracht (NZZ 17.3.10). Er spricht von einem «völlig ungenügenden Kosten-Nutzen-Verhältnis».

Nicht die GZA entscheidet letztlich über die Ansiedlung, sondern das Unternehmen. Wir leiten Informationen über Unternehmen, die sich ernsthaft für den Wirtschaftsraum Zürich interessieren, immer an alle unsere Mitglieder weiter. Es kann aber immer sein, dass nicht alle Kantone in jedem Jahr gleichermassen profitieren können.

Vorgeworfen wird der GZA auch eine wenig klare Strategie. Zu Unrecht?

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder Neues ausprobiert und natürlich auch mal Fehler gemacht. Uns dies als fehlende Strategie anzulasten, ist mir zu pauschal. Wir wollen aber in Zukunft stärker fokussieren – weniger allgemeine Promotionsanlässe durchführen beispielsweise und mehr branchenorientierte Akquisitionsarbeit leisten. Mit dem Giesskannenprinzip kommen wir nicht weiter.

Interview: iij.

## Taktieren um Zone für günstiges Wohnen

SP zieht Antrag im Zürcher Gemeinderat zurück

Linke und Mitteparteien wünschen sich im Kanton Zürich eine Zone für den Bau preiswerter Wohnungen. Aber ein Antrag der SP für eine städtische Behördeninitiative zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes ist chancenlos geblieben.

Irène Troxler

Die SP hat sich den Kampf für günstigen Wohnraum auf ihre Fahne geschrieben. Am Mittwochabend haben Peter Küng und Jacqueline Badran (beide sp.) dem Gemeinderat beantragt, eine Behördeninitiative zu beschliessen. Darin sollte der Kantonsrat aufgefordert werden, im Planungs- und Baugesetz (PBG) die Schaffung einer Zone für preisgünstige Wohnungen zu ermöglichen.

Die SP möchte den Anteil gemeinnütziger Wohnungen in Zürich von einem Viertel auf mindestens ein Drittel erhöhen. Mit der neu vorgeschlagenen Zone orientiert sie sich am Vorbild der Stadt Zug, wo es eine solche bereits gibt. Einzelne Exponenten der Partei zeigen dabei allerdings recht ausufernde Vorstellungen von der Rolle

des Staats im Wohnungsbau. Den Menschen ein Dach über dem Kopf zu gewähren, gehöre zu dessen Kernaufgaben, sagte Peter Küng. Er und Badran erhielten zwar von einer Mehrheit grundsätzliche Unterstützung für ihr Anliegen. Nur FDP und SVP sprachen sich gegen solche Bauzonen aus. Da CVP, AL und Grüne jedoch Zweifel hatten, ob die Taktik richtig sei und sich mehrheitlich gegen eine Behördeninitiative stellten, zog Küng diese am Ende wieder zurück.

Balthasar Glättli (gp.) rechnete sich im bürgerlichen Kantonsrat keine Chancen für das Anliegen aus. Um einen «Schuss ins eigene Knie» zu verhindern, würden sich die Grünen der Stimme enthalten, sagte er. Sonst sei der Weg zum Ziel für lange Zeit verbaut. Niklaus Scherr (al.) warf Badran gar einen «Rückenschuss» vor. Zum einen habe der Gemeinderat kürzlich eine Einzelinitiative von Manuela Schiller unterstützt. Diese sieht vor, in Gestaltungsplänen einen Anteil gemeinnütziger Wohnungen zu verankern. Ausserdem brauche es gar keine PBG-Änderung zur Schaffung der geforderten Zonen. Die Stadt Zug habe diese auch eingeführt, ohne den Kanton zu fragen. Dass die Stadt Zürich diesen Spielraum nicht habe, sei eine Legende.

## Geothermie weiter fördern

Gemeinderat will weitere Erkundungsbohrungen

ami. · Das Zürcher Stadtparlament will bei der Geothermie trotz dem Rückschlag bei der Bohrung im Triemliquartier weitermachen. Es hat am Mittwoch mit 72 gegen 39 Stimmen eine Motion von Claudia Nielsen und Davy Graf (beide sp.) überwiesen, die einen Projektierungskredit für die Vorbereitung von weiteren Erkundungsbohrungen fordert. Das Fernziel dieser Bohrungen sei die Stromproduktion, da die Stadt Zürich Gefahr laufe, in 30 Jahren durch den Ausstieg aus der Atomenergie und das Auslaufen der Wasserkonzessionen nicht mehr genügend Strom zu produzieren, sagte Graf. Natürlich könne in zwei Jahren – so lange hat der Stadtrat Zeit, die Motion umzusetzen – die Lösung nicht auf dem Tisch liegen. Aber am Ende müsse alles darangesetzt werden, die drohende Stromlücke zu füllen. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) müsse sich vernetzen und mithilfe, ein nationales Geothermie-Kompetenzzentrum aufzubauen.

### Genügend Geld für Bohrungen

Bernhard Piller (gp.) unterstrich, dass der Projektierungskredit ein logischer Schritt für Zürich sei. Ausserdem habe das EWZ genügend Geld, um 20 Millionen Franken für eine nächste Bohrung aufzuwenden. Es gehe nicht an, wegen eines Misserfolgs die Flinte ins Korn zu werfen. Das EWZ war bei seiner Geo-

thermie-Bohrung im Triemliquartier auf zu wenig Wasser gestossen, so dass die geplante Nutzung der Erdwärme nicht umgesetzt werden konnte. Auch Ernst Danner (evp.) rief dazu auf, nicht aufzugeben. Zürich müsse ein gewisses Risiko in Kauf nehmen. Die Investitionen stünden jedoch in keinem Verhältnis zu den Geldern, die für die Suche nach möglichen Endlagern für radioaktive Abfälle aufgewendet würden.

### Falscher Zeitpunkt

Die SVP sieht das anders. Die Bohrung im Triemliquartier sei misslungen. Weitermachen wäre jedoch falsch, da im Zürcher Untergrund wohl nichts zu erwarten sei, sagte Bruno Wohler (svp.). Die FDP hält den Zeitpunkt für verfehlt, schon heute eine zweite Bohrung zu planen. «Kluger wäre es jetzt, seismische Messungen zu machen, um optimale Bohrstellen zu finden», sagte Alexander Jäger (fdp.). Wenn es bei der Motion nur darum gehe, mit der Geothermie weiterzumachen, dann stehe auch der Stadtrat dahinter, sagte der Vorsteher der Industriellen Betriebe, Andres Türlers. Wenn jedoch innerhalb von zwei Jahren die nächste Bohrstelle in Angriff genommen werden müsse, sei er dagegen. Türlers Bitte, die Motion lieber als Postulat zu überweisen, blieb unerhört. Das Parlament überwies den Vorstoss mit 73 gegen 39 Stimmen.

### AUS DER SITZUNG DES ZÜRCHER GEMEINDERATS

- **Mehr Polizisten.** Ein Postulat der SVP zur Personalaufstockung bei der Stadtpolizei für Grosseinsätze überweist der Rat diskussionslos. Ferner sollen ein Pikettendienst sowie der Beizug von Personal anderer Korps geprüft werden.
- **Keine Zonen für den Bau von preisgünstigen Wohnungen.** Die SP zieht ihren Vorschlag einer Behördeninitiative an den Kantonsrat zurück. Ziel wäre gewesen, im Planungs- und Baugesetz Zonen für den günstigen Wohnungsbau zu ermöglichen.
- **Interessenkonflikte in der Erdgasindustrie.** Einen Bericht des Stadtrats zu Massnahmen zur personellen Entflechtung im Erdgasbereich nimmt der Rat ablehnend zur Kenntnis. Eine Interessenkollision liege nicht vor, heisst es darin.
- **Soziale Einrichtungen.** Der Gemeinderat erlaubt, dass die Wäscherei der sozialen Einrichtungen und Betriebe für 14 500 Franken einen zusätzlichen Raum mietet.
- **Bahnhof Oerlikon.** Das Stadtparlament genehmigt die Projektierung der zweiten Etappe des Projekts «Quartieranbindung Ost» für den Bahnhof Oerlikon. Dazu wird der Objektkredit um 3,2 Millionen Franken auf 11,2 Millionen Franken erhöht.
- **Breitere Hohlstrasse.** Der Gemeinderat ändert den Baulinienabstand in der Hohlstrasse – im Bereich zwischen Europa- und Hardbrücke – von heute 22 bis 24 Metern auf neu 28 Meter.
- **Wohnen auf dem VBZ-Areal.** Das Parlament fordert vom Stadtrat einen Projektierungskredit, um auf dem VBZ-Areal neben dem Depotgebäude «Hard» eine Überbauung in Kooperation mit einer gemeinnützigen Baugenossenschaft zu entwickeln.

tox./ami.